Stadtverordnetenversammlung
Stadt Cottbus / město Chóśebuz

Antrag

Antrags-Nr.: AT-47/21	
☒ öffentlich	☐ nichtöffentlich

Antragsteller: DIE LINKE,SPD,B90/DIE GRÜNEN,CDU **Antragsdatum:** 24. November 2021

Beratungsfolge:	Datum		Datum
☐ Dienstberatung Oberbürgermeister		☐ Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	
☐ Ausschuss für Haushalt und Finanzen		☐ Ausschuss für Bau und Verkehr	
☐ Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen		☐ Hauptausschuss	
☐ Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten		☒ Stadtverordnetenversammlung	24.11.2021
☐ Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten		☐ Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf	
☐ Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel		☐ Information an AG Ortsteile	
		☐ Jugendhilfeausschuss	

Antragsgegenstand:

Resolution der Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chóśebuz
Schulgesundheitsfachkräfte in Brandenburg erhalten

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chóśebuz ruft den Oberbürgermeister sowie den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung dazu auf, sich schnellstmöglich an die Koalitionsfraktionen im Landtag Brandenburg zu wenden.

Sie sollen aufgefordert werden einen Weg zu finden, das Projekt der Schulgesundheitsfachkräfte an Brandenburger Schulen über den 1. Januar 2022 fortzuführen.

Begründung:
Im Rahmen des Modellprojekts hat sich gezeigt, dass die Schulgesundheitsfachkräfte ein wichtiger Bestandteil der multiprofessionellen Teams an den Schulen sind. Die durchgeführten wissenschaftlichen Evaluationen kommen zu dem Schluss, dass die positiven Effekte des Einsatzes von Schulgesundheitsfachkräften für die Bereiche gesundheitliche Versorgung, Gesundheitsprävention und Vernetzung mit ärztlichem Dienst und Jugendamt erheblich sind.

Wenn das Projekt am 1. Januar 2022 beendet werden sollte, wird ein Wiederaufleben zu einem späteren Zeitpunkt kaum möglich sein. Die betroffenen Fachkräfte werden sich anderen Aufgaben widmen und für die Schulen dauerhaft verloren gehen. Deshalb sollte die Einstellung unbedingt abgewendet werden.

_____
Unterschrift Antragsteller/in

Beschlussniederschrift

Beschluss-Nr.:

Gremium: ☐ HA ☐ StVV

☐ einstimmig ☐ mit Stimmenmehrheit

☐ laut Beschlussvorschlag

☐ mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Tagung am: TOP:

Anzahl der **Ja**-Stimmen:

Anzahl der **Nein**-Stimmen:

Anzahl der **Stimmenthaltungen**: